

INTERNATIONAL

6

**KRIEGSPARTEI
ODER NICHT?**

BRD

8

**KITA-STREIKS IM
ÖFFENTLICHEN DIENST**

FRAUEN

10

**CORONA GEHT,
AUSBEUTUNG BLEIBT**

BERLIN

12

**VON WEGEN LANDESMIN-
DESTLOHN UND TARIFVER-
TRAG IN DER PFLEGE!**

HAMBURG

14

**BASKETBALL-PLATZ MUSS
WEGEN U-BAHN WEICHEN**

BREMEN

16

**AUCH 2022 GEHT ES WEI-
TER MIT DER KURZARBEIT**

NORDRHEIN-WESTFALEN

18

**VOR 3 JAHREN WURDE
ADEL B. ERMORDET.**

BADEN-WÜRTTEMBERG

20

**CORONA IM PFLEGEHEIM –
EIN ERFAHRUNGSBERICHT**

KULTUR

22

**„UND MORGEN DIE GANZE
WELT“ – FILMREZENSION**



INHALT

- | | | |
|-----------|----------------------------|---|
| 4 | BILD DES MONATS | AUFNAHME VOM 1. MAI 2022 IN BREMERHAVEN |
| 6 | INTERNATIONAL | KRIEGSPARTEI ODER NICHT? |
| 8 | BRD | KITA-STREIKS IM ÖFFENTLICHEN DIENST |
| 10 | FRAUEN | CORONA GEHT, AUSBEUTUNG BLEIBT |
| 12 | BERLIN | VON WEGEN LANDESMINDESTLOHN UND TARIFFVERTRAG IN DER PFLEGE! |
| 14 | HAMBURG | STEILSHOOP: BASKETBALL-PLATZ MUSS WEGEN U-BAHN WEICHEN |
| 16 | BREMEN | ALLES ANDERE ALS ÜBER'N BERG – AUCH 2022 GEHT ES WEITER MIT DER KURZARBEIT |
| 18 | NORDRHEIN-WESTFALEN | VOR 3 JAHREN WURDE ADEL B. ERMORDET. |
| 20 | BADEN-WÜRTTEMBERG | CORONA IM PFLEGEHEIM – EIN ERFAHRUNGSBERICHT |
| 22 | KULTUR | „UND MORGEN DIE GANZE WELT“ – FILMREZENSION |

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für Abos schreibt uns eine Mail an rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

um den diesjährigen 1. Mai herum haben sich einige heftige Kämpfe auf der Welt entwickelt. In Peru haben sich erneut Bauernkämpfe um das ihnen gestohlene Land entwickelt, diesmal in Apurímac gegen den von chinesischen Imperialisten geführten Bergbau, in den über tausend Bauern bereits verklagt wurden. Die Bauern nutzten unter anderem Bomben zur Sabotage örtlicher reaktionärer Radiosender; knapp 700 Polizeibeamte und über 200 Soldaten entsendete das Castillo-Regime zur Niederschlagung der Aufstände. In Schweden kämpften die Massen tagelang gegen die von der Polizei geschützten landesweiten Auftritte der Partei „Stram Kurs“ des dänisch-schwedischen Faschistenclowns Rasmus Paludan, die dort für gewöhnlich den Koran verbrennen und ein Verbot des Islam und die Abschiebung fast aller Muslime fordern. Die Polizei stellte sich schützend vor die Faschisten, die in die ärmsten Arbeiterviertel schwedischer Städte reisten – die Massen antworteten mit Barrikaden, Steinwürfen, Feuerwerkskörpern, der Beschlagnehmung von Polizeiausrüstung und Fahrzeugen und Plünderung und In-Brand-Setzung dieser. Ein weiterer und endgültiger Beweis – gerade aus dem vermeintlich so ruhigem und „sozial gerechten“ Skandinavien –, dass die Rebellion der Massen längst die imperialistischen Länder Europas erreicht hat. Auch im Herz der Bestie des russischen Imperialismus haben in der Stadt Nishnewartowsk Aktivisten kürzlich ein Militärrekrutierungszentrum für den Krieg in der Ukraine mit Molotow-Cocktails attackiert – der sechste solche Fall seit dem Einmarsch der russischen Truppen am 24. Februar. Bereits im März haben in Paraguay Dutzende mit Sensen und Macheten bewaffnete Indigene begonnen, Landsitze von den Wald zerstörenden Großgrundbesitzern anzugreifen, zu besetzen, Blockaden zu errichten und Transportmittel in Brand zu stecken. Der Staat schickte die Militärpolizei, um die kämpfenden Indigenen zu bekämpfen. Und in vielen weiteren Ländern rebellieren immer wieder Tausende.

Während die Kommunisten auf der Welt den 1. Mai kämpferisch begingen, wurde den Versuchen der deutschen Imperialisten, diesen Tag zu korrumpieren und für ihre Zwecke zu nutzen, von den Massen mit Empörung und Klassenhass begegnet. Gangster-Kanzler Scholz, der auf der DGB-Kundgebung in Düsseldorf den Tag der Arbeiterklasse nutzen wollte, um mit dem Vorwand des Ukraine-Kriegs die Aufrüstung der deutschen Streitkräfte und Waffenlieferungen zu preisen – während selbiger DGB in Berlin vor dieser Aufrüstung warnte – wurde während seiner hetzerischen Rede ausgebuht und lauthals als Kriegstreiber und Lügner beschimpft. Außenministerin Baerbock widerfuhr ein sehr ähnliches Schicksal in Schleswig-Holstein, und Berlins Bürgermeisterin Franziska Giffey wurde bei ihrer Rede auf der DGB-Abschlusskundgebung mit Eiern beworfen. Die Wut und das Misstrauen in die bürgerlichen Politiker wachsen Tag für Tag. Dann kommen solche Sachen dazu wie der CSU-Generalsekretär Mayer, der nach etlichen jahrelangen Skandalen einem Klatsch-Reporter mit seiner Verfolgung und „Vernichtung“ droht, und dann aus „gesundheitlichen Gründen“ zurücktritt, oder Verteidigungsministerin Lambrecht, die mit ihrem Sohn im Militärhubschrauber auf „Dienstreise zu einem Antennenfeld“ in den Osterurlaub auf Sylt fliegt, während die Amis auf deutschen Boden ukrainische Soldaten für den Krieg ausbilden. Es ist vollkommen wahr – es sind Lügner und Kriegstreiber.

Unverhohlen lässt die Regierung auch zu, dass die Sicherheitsbehörden einige Grundrechte der BRD völlig rücksichtslos aushebeln. Das Gedenken am 8. bzw. 9. Mai an die Befreiung Europas vom deutschen Faschismus, hauptsächlich erkämpft durch die Sowjetunion und die Rote Armee, wurde mit Vorwand der russischen Aggression in der Ukraine unterdrückt – so durften an allen Berliner Gedenkstätten an die fast hunderttausend in der Schlacht um Berlin gefallenen Soldaten der Roten Armee keine Fahnen der Sowjetunion gezeigt werden, wie es an diesem Tag üblich ist; ein Vorstoß für das Ziel der deutschen Imperialisten, die Fahne der Kommunisten zu verbieten. Nur eine Woche später ein weiterer dreister Angriff auf die Grundrechte: Während die Schlägerbanden der israelischen Polizei einen Trauermarsch für die ermordete palästinensische Journalistin Shireen Abu Akleh mit Schlagstöcken und Gummigeschossen angriffen, verboten die Berliner Polizei und anschließend die Gerichte die fünf großen palästinensischen Demos in der Stadt zum Nakba-Tag am 15. Mai, mit dem scheinheiligen Vorwand der Gefahr eines angeblichen „Antisemitismus“, den für sie der Kampf für die Befreiung Palästinas darstellt. Es ist genau, wie es vorherzusehen war – das viel umjubelte Verbot der sogenannten Querdenken-Demos war ein Ausgangspunkt für die Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

Inzwischen erreichen uns aus Brasilien seit März immer mehr Nachrichten und Bilder von Aktionen im ganzen Land wie Plakatierungen, Fahnenaufhängungen und Malungen unter der Parole „Es lebe die Rekonstitution der Kommunistischen Partei Brasiliens!“, was einen Sprung deutlich macht im Kampf für die Rekonstitution der Kommunistischen Partei in Brasilien. Darum haben wir unsere Titelseite einem Bild dieser Aktionen gewidmet.



Eine Leserin hat uns dieses Bild von einer Demonstration am 1. Mai in Bremerhaven zukommen lassen. Aus Gründen des Personenschutzes können wir es leider nur in dieser Form veröffentlichen, die den Ausdruck dieses wunderbaren Bildes etwas begrenzt.

**KEIN MENSCH
UND KEIN CENT
FÜR DIE
BUNDESWEHR**

Document with illegible text, likely a manifesto or protest statement.



KRIEGSPARTEI ODER NICHT?



Ukrainische Truppen werden auf deutschem Boden mit Hilfe des Militärs der USA ausgebildet

Mit der Invasion des russischen Imperialismus in der Ukraine hat sich die Weltlage geändert. Die Ukraine wird mehr und mehr zum Schlachtfeld der imperialistischen Mächte, denn während der russische Imperialismus den Krieg direkt gegen das ukrainische Volk führt, mischen sich auch andere Imperialisten in den Krieg ein. Auch wenn die NATO-Staaten bislang keine Truppen in die Ukraine entsandt haben, mischen sie aktiv mit in diesem Krieg. Dabei ist hier in der BRD vor allem die Debatte ausgebrochen, ab wann man, dem sogenannten Völkerrecht nach, als Kriegspartei gilt. Ein kürzlich veröffentlichtes Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des deutschen Bundestages versucht, diese Frage nun im Lichte des Rechtes der Imperialisten selbst zu beleuchten.

Während die deutsche Bundesregierung auf der Behauptung beharrt, dass die BRD keine Kriegspartei sei, sagt das Gutachten, in sehr vorsichtiger Art und Weise formuliert, etwas anderes. So heißt es in dem Gutachten:

„2. Militärische Unterstützung und Waffenlieferungen

Als völkerrechtlich gesichert kann gelten, dass die militärische Unterstützung einer bestimmten Konfliktpartei in Form von Waffenlieferungen, einer Zurverfügungstellung von militärischer Ausrüstung o.ä. noch nicht die Grenze zur Konflikteilnahme überschreitet. Die Frage, wie eine militärische Unterstützung von Konfliktparteien durch Waffenlieferungen mit dem traditionellen Neutralitätsgebot (niedergelegt in der V. Haager Konvention von 1907)

zu vereinbaren ist, darf weitgehend als entschieden angesehen werden. Das Neutralitätsrecht wird durch das allgemeine Gewaltverbot und das System der kollektiven Sicherheit, welches die VN-Charta in Kapitel VII geschaffen hat, gewissermaßen überlagert. An die Stelle der Neutralität trat ein neuer Rechtsstatus der Nichtkriegführung („non-belligerency“)... Bei Unterstützungsleistungen auf der Grundlage von non-belligerency bleibt der Umfang von Waffenlieferungen, aber auch die Frage, ob es sich dabei um „offensive“ oder „defensive“ Waffen handelt, rechtlich unerheblich. Erst wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei bzw. Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegführung verlassen.“

Der unterstrichene Teil des Zitats ist zentral. Denn genau diese Ausbildung an der Waffe wird bereits durchgeführt. Am 29. April bestätigte der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, dass US-Streitkräfte ukrainische Soldaten im Umgang mit Haubitzen und anderen Waffensystemen, die an das ukrainische Militär geliefert werden, ausbilden. Diese Ausbildung würde an mehreren Standorten außerhalb der Ukraine stattfinden, darunter in auch in Grafenwöhr in Bayern. Das US-Militär arbeite mit der deutschen Bundesregierung zusammen, so Kirby weiter. Auch die deutsche Armee bildet ukrainische Soldaten aus, z.B. an der Panzerhaubitze 2000 (siehe swr.de, „Ukrainische Soldaten zur Ausbildung in Rheinland-Pfalz angekommen“, 11.05.2022). Heißt, dem Völkerrecht folgend, machen sich sowohl die USA als auch die BRD zur

Kriegspartei dadurch, dass sie ukrainische Soldaten ausbilden.

Doch auch im ersten Teil des Zitats aus dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des deutschen Bundestages ist ein wichtiger Punkt zu finden. Der sogenannte Rechtsstatus der „Nichtkriegsführung“ hat im Völkerrecht die Neutralität in den letzten Jahrzehnten ersetzt, um Waffenlieferungen und andere Unterstützung an angegriffene Staaten zu ermöglichen, also um ins Kriegsgeschehen eingreifen zu können, ohne offiziell Kriegspartei zu werden. Dieser Rechtsstatus bedeutet also eine totale Abschaffung der Neutralität. Die Neutralität hingegen bedeutet, dass Staaten, die nicht miteinander alliiert sind, also in keinem Bündnis miteinander stehen, im Kriegsfall nicht miteinander agieren dürfen. Und genau das ist zwischen Deutschland, den USA und der Ukraine der Fall. Auch wenn der landesverräterische Clown Selenskyj nach einem Eintritt in die NATO und die EU bettelt, ist die Ukraine kein Mitglied eines dieser Bündnisse. Weder die BRD noch die USA hätten sich also in den Krieg einzumischen – wenn es nach den Rechten und Gesetzten geht, die von den Imperialisten selbst aufgestellt wurden. Das ganze Konzept der Neutralität wird durch den Rechtsstatus der „Nichtkriegsführung“ also völlig auf den Kopf gestellt und es zeigt, wie die Imperialisten ihre eigenen Gesetze wieder einmal umgehen.

Bürgerliches Recht hin oder her. Das Liefern von Waffen und das Ausbilden von Truppen ist in jedem Fall ein aktives Eingreifen in das Kriegsgeschehen. Der Ende April getroffene Beschluss der deutschen Regierung, nun doch auch schwere Waffen in die Ukraine zu liefern, macht die BRD zum direkten Akteur in diesem Krieg. Die ganze Heuchelei der deutschen Regierungsparteien in dieser Frage, besonders der Grünen, wird deutlich, wenn man in den Bundestagswahlkampf 2021 zurückblickt. In ihrem Wahlprogramm schrieben die Grünen im Abschnitt *„Neuer Schub für Abrüstung“* (Seite 249):

„Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Angesichts der wachsenden militärischen Risiken in Europa ist eine Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle unabdingbar.“

Und schließen direkt daran an mit den Worten: *„Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete*

verbieten sich.“ Mit Annalena Baerbock als Außenministerin haben die Grünen eine der direkten Drahtzieherinnen für die Waffenlieferungen in ihren Reihen sitzen. Und auch im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung wurde im Abschnitt *„Abrüstung, Rüstungskontrolle, Rüstungsexporte“* (Seite 145) festgeschrieben:

„Wir brauchen eine abrüstungspolitische Offensive und wollen eine führende Rolle bei der Stärkung internationaler Abrüstungsinitiativen und Nichtverbreitungsregimes einnehmen, u. a. bei der Stockholm-Initiative für Nukleare Abrüstung.“

Von alledem ist kein Wort mehr zu hören und die deutsche Regierung zeigt ihr wahres, kriegstreibendes Gesicht ganz offen und unverhohlen.

Nach wie vor sind aber die Yankee-Imperialisten diejenigen, die am meisten von diesem Krieg profitieren bzw. und mittlerweile auch davon sprechen, dass sie diesen Krieg gewinnen wollen. Es darf nicht vergessen werden, dass sie mit ihren kontinuierlichen Verstößen gegen internationale Abkommen und Verträge, ihrer NATO-Osterweiterung und der permanenten Einkreisung Russlands, diesen Krieg provoziert haben und keinesfalls das Unschuldslamm sind, als das sie hingestellt werden. Schon seit dem Kriegsbeginn in der Ostukraine im Jahr 2014 bildet das US-Militär ukrainische Streitkräfte aus und beteiligt sich somit schon seit acht Jahren am Bürgerkrieg in der Ostukraine. Um dem Ziel des Sieges jetzt näher zu kommen, erließ US-Präsident Joe Biden Anfang Mai ein Gesetz, das die Lieferung von Waffen an die Ukraine und andere osteuropäische Länder erleichtert. Der sogenannte „Ukraine Lend-Lease Act“ sei ein wichtiges Instrument zur Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf für ihr Land und ihre Demokratie, so Biden. Bis 2023 sind die US-Imperialisten durch dieses Gesetz ermächtigt, der Ukraine und anderen Staaten in Osteuropa militärische Ausrüstung zu leihen oder zu verpachten, ohne jegliche rechtliche Standards dabei einhalten zu müssen. So nutzen die Yankees den Krieg für die weitere Umsetzung ihrer langfristigen Pläne zur Einkreisung von Russland und bewaffnen die Ukraine heute, ohne, dass sie Mitglied der NATO ist. Die „Neutralität“ wird mit Füßen getreten von den imperialistischen Bluthunden, die nur ihre Macht im Blick haben und dabei auch soweit gehen, einen neuen Weltkrieg zu riskieren. •

KITA-STREIKS IM ÖFFENTLICHEN DIENST

In den sogenannten Sozial- und Erziehungsdiensten in der BRD wird gestreikt. Deutschlandweit organisieren die Gewerkschaften seit Wochen Warnstreiks und Aktionstage, und die Beteiligung ist groß. Gefordert wird von den Erziehern vor allem eine bessere Personalausstattung in Kindertagesstätten und anderen sozialen Einrichtungen sowie mehr Lohn. Rund 330.000 Beschäftigte arbeiten bundesweit in den sogenannten Sozial- und Erziehungsdiensten, also in Kitas, in der Behindertenbetreuung oder in anderen ähnlichen Berufen.

2021 – ANSTIEG DER ARBEITSKÄMPFE

Schon im vergangenen Jahr streikten unter anderem Erzieher im Rahmen der Streiks im öffentlichen Dienst, die im November und Dezember überall in der BRD organisiert wurden. Zehntausende waren vor einem halben Jahr auf den Straßen, um in den damaligen Tarifverhandlungen für einen besseren Abschluss zu kämpfen. Doch den Kampfgeist, den die Arbeiter auf die Straße trugen, verkörperte die Gewerkschaftsführung von Ver.di und Co. nicht. Am Verhandlungstisch erstritten sie ein mageres Ergebnis, das den Mindestforderungen der Arbeiter nicht gerecht wurde. Die Inflationsrate, die Ende letzten Jahres noch bei gut 5 Prozent lag, konnte schon damals nicht durch die Ergebnisse der Tarifverhandlungen ausgeglichen werden. Doch seitdem hat sich die ökonomische Krise noch weiter verschärft und der Krieg hat die Krise nochmals beschleunigt. Die Inflationsrate liegt mittlerweile bei 7,2 Prozent, die Preise für alles mögliche schießen weiter in die Höhe und die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich.

Diese immer schlechter werdende Situation führt dazu, dass sich mehr Widerstand regt. Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass es im Jahr 2021 wieder einen Anstieg von Arbeitskämpfen gab. In der Studie heißt es dazu:

„Im zweiten Jahr der Corona-Pandemie haben die Tarifauseinandersetzungen in Deutschland wieder deutlich an Dynamik gewonnen. In der Folge kam

*es 2021 zu einer Normalisierung des Arbeitskampfgeschehens, das nach zeitweiligem Rückgang wieder das Niveau der Vor-Corona-Jahre erreicht hat. Mit rund 590.000 arbeitskampfbedingten Ausfalltagen war das Arbeitskampfvolumen 2021 deutlich höher als im Vorjahr. Zwar wurde die Durchführung von Streiks unter Pandemiebedingungen deutlich erschwert. Anders als noch 2020 hatte dies im Jahr 2021 jedoch keinen spürbaren Einfluss auf die Anzahl der Arbeitskämpfe. Nach der Schätzung des WSI waren 2021 rund 917.000 Streikteilnehmer*innen an insgesamt 221 Arbeitskämpfen beteiligt. Während die Anzahl der Streiks vor allem durch die hohe Zahl von betrieblichen Tarifkonflikten geprägt wird, wird die Anzahl der Streikenden vor allem durch die großen branchenweiten Tarifrunden wie der Metall- und Elektroindustrie, dem öffentlichen Dienst oder dem Handel beeinflusst.“*

Dabei ist besonderes zu betonen, dass Streiks durch den Ausnahmezustand des deutschen Staates in 2020 sowie auch in 2021 erheblich erschwert wurden. Hinzu kommt, dass die Gewerkschaften in 2020 und 2021 einfach hingeworfen haben und da, wo es am nötigsten gewesen wäre, als hunderttausende Kollegen in Kurzarbeit waren und hunderttausende entlassen wurden, nicht zur Stelle waren. Doch trotz alledem haben 2021 wieder zahlreiche Warnstreiks mit hoher Beteiligung stattgefunden. Das zeigt die gerechtfertigte Wut der Arbeiter gegen die Handhabung der ökonomischen Krise und der Pandemie, die auf die Arbeiter abgewälzt wurde. Die immer wiederkehrenden Krisen in diesem System sind Ausdruck davon, dass der Imperialismus kein überlebensfähiges und gesundes System ist. In jeder Krise wälzen die Herrschenden die wirtschaftlichen Folgen auf die Arbeiterklasse ab – wir müssen dafür zahlen (Preissteigerungen), einbüßen (niedrigere Löhne) und gehen (Entlassungen), damit sie so wenig wie möglich von ihrem Reichtum verlieren. Damit werden unter anderem die Verbesserungen, die wir durch unseren Kampf errungen haben, wieder zunichte gemacht. Ein Teufelskreis, in dem jedes Zugeständnis der Arbeitgeber schon einen neuen Angriff auf die Arbeitsbedingungen beinhaltet.

DER AKTUELLE STREIK UND DIE FORDERUNGEN DER ERZIEHER

Ende Februar begannen die Tarifverhandlungen für den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes Sozial- und Erziehungsdienst zwischen Gewerkschaften und der „Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände“ (VKA). Schon vor zwei Jahren hätten diese Tarifverhandlungen stattfinden sollen, wurden aber damals „wegen Corona“ aufgeschoben. Nachdem die ersten beiden Verhandlungsrunden keine Ergebnisse brachten und der VKA alle Forderungen konsequent ablehnte, mobilisierten Gewerkschaften in den vergangenen Wochen verstärkt zu Warnstreiks. In allen Teilen des Landes gingen Kollegen im März, April und Mai zahlreich auf die Straße. In Hamburg streikten 2000 Kollegen, in Bremen und Niedersachsen waren über 4000 Kollegen auf der Straße. In Wuppertal waren es rund 500, sowie auch in Leipzig etwa 500 auf die Straße gingen und zahlreiche weitere in anderen Städten.

Die Forderungen der Beschäftigten zielen vor allem auf die Entlastung der Erzieher ab. Denn eines der zentralen Probleme ist das wenige Personal, was dazu führt, dass die Kollegen vollkommen überlastet werden. Vieles, was verlangt wird, ist in der Praxis einfach nicht zu schaffen. Die Arbeitsbedingungen sind schlecht und verschlechtern sich immer weiter. Schätzungen zufolge sollen bis zum Jahr 2025 300.000 fehlen, während die Zahl jetzt schon bei über 170.000 Stellen liegt. So werden Vor- und Nachbereitungszeiten sowie Entlastungstage, um Belastungen auszugleichen, gefordert. Gleichzeitig wird die Forderung nach der Eingruppierung aller Erzieher in die Entgeltgruppe S8b gefordert, welche einen Bruttounterschied beim Lohn von 90 bis 400 Euro, je nach Einstufung ausmachen würde. Damit soll auch die Spaltung in verschiedene Berufsgruppen und

in unterschiedliche Tarifverträge überwunden werden, weshalb in die Forderung auch Angestellte bei privaten Trägern mit einbezieht.

Am Ende ist es wieder in den Händen der Gewerkschaftsführung, die gerechtfertigten Mindestforderungen der Kita-Angestellten – und selbstverständlich auch mehr! – auszuhandeln. Doch wie die Vergangenheit, und zuletzt die Streiks Ende letzten Jahres gezeigt haben, ist die Gewerkschaftsführung nicht dazu bereit, die Forderungen umzusetzen, sondern legt am Ende ein mickriges Ergebnis vor, das hinten und vorne nicht reicht und den Anschein erweckt, als sei es schon im Vorhinein mit den Arbeitgebern abgesprochen gewesen. Und wenn man bei Verkündung des Ergebnisses der Verhandlungen schon auf dem Papier weiß, dass die Arbeitsbedingungen schlechter werden, anstatt dass die Forderungen erfüllt sind, und man einen offensichtlich an der Nase herum führen will, dann wird einem dieser Teufelskreis genau vor Augen geführt. Was



Streik von über 400 Kita-Beschäftigten am 12. Mai in Bremen

wir brauchen, ist nicht eine Gewerkschaftsführung, die unsere Forderungen verrät und den Arbeitgebern dazu dient, uns zu beschwichtigen, sondern eine kämpferische Gewerkschaft, die in der Lage ist, den Teufelskreis zu durchbrechen und uns echte Verbesserungen zu erkämpfen und sie zu verteidigen, dass keine Krise sie uns wieder kaputt machen kann. •

CORONA GEHT, AUSBEUTUNG BLEIBT



Während in vielen Berufen es so scheint, dass alles wieder „normal“ ist, haben sich mit dem Beginn der Pandemie viele Sachen im Gesundheitswesen drastisch geändert. Doch nicht nur die Situation der Pflegerinnen verschlechtert sich immer weiter, auch die anderen Mitarbeiter, wie die Haustechniker, die Küche oder eben die Reinigungskräfte kriegen die Auswirkungen ökonomischen Krise und der Pandemie voll ab.

IMMER MEHR ARBEIT BEI GLEICHER ZEIT

Seit Jahren schon ist es normal, dass den Reinigungskräften immer mehr Arbeit gegeben wird – ohne, dass sie dafür mehr Zeit bekommen würden. Dadurch, dass ein großer Preiswettbewerb herrscht und viele Kunden sich rein aus preislichen Gründen für eine Reinigungsfirma entscheiden, wird natürlich versucht, so wenig Stunden den Arbeiterinnen zu zahlen, um dann auch seinen eigenen Profit so groß wie möglich zu halten. Somit entstehen absurde Zeitkalkulationen, die vielleicht in den Köpfen von den Schreibtischbürokraten, die noch nie einen Putzlappen in der Hand hatten, funktionieren, aber mit der Realität nichts zu tun haben.

Häufig geht der Mehraufwand auch als schleichender Prozess vor sich, wie uns eine Reinigungskraft im Gesundheitswesen erzählt:

„Am Anfang, vor 20 Jahren, haben wir hier jeden Tag auf den Stationen die Zimmer gemacht. Damals mussten wir die noch jeden Tag komplett wischen. Die Pfleger haben dann die Betten gemacht. Und dann mit der Zeit hat die Einrichtung entschieden, dass wir ab jetzt die Betten machen sollen, d.h. frisch beziehen, wenn es notwendig ist und eben jeden Tag ordentlich machen. Da haben wir dann gesagt, dass wir das nicht schaffen von der Zeit her, dann mussten wir nur noch zweimal die Woche fest und bei Bedarf den Boden wischen. Das Bettenmachen blieb aber.“

Jetzt könnte man meinen, dass sich das damit wieder ausgeglichen hätte. Doch in einer Gesundheitseinrichtung, wo Kontrollen vom Gesundheitsamt immer wieder ohne große Vorankündigung durchgeführt werden, wird jeden Tag auf penible Sauberkeit geachtet. So wird dann in vielen Zimmern trotzdem jeden Tag der Boden gewischt, auch wenn es eigentlich nicht dem Arbeitsplan für den Tag entspricht – und das bei gleicher Zeitplanung. Eine andere Reinigungskraft erzählt:

„Wenn bei uns ein Zimmer leer wird, müssen wir das immer sehr gründlich sauber machen, d.h. alles desinfizieren, die Betten komplett neu machen und meistens auch das Bad schrubben. Wenn ich dann mal mehr Zeit brauche und ich das auf meinen Stundenzettel schreibe, dann heißt es, dass das nicht geht, dass das der Chef nicht zahlt. Wenn ich mich dann beschwere, heißt es, dass das schon immer so gewesen sei und sich das ja ausgleichen würde. Aber da gleicht sich nichts aus. Wie soll ich denn in den sieben Minuten, die ich pro Zimmer habe, ein ganzes Zimmer inklusive Badezimmer auf Vordermann bringen? Ich trage doch auch eine Verantwortung dafür, dass es hygienisch sauber ist, aber wie soll ich das leisten, wenn ich keine Zeit dafür habe?“

AUSBEUTUNG VERSCHÄRFTE SICH SEIT CORONA

Während diese Sachen vor Ausbruch der Pandemie schon Gang und Gäbe waren in der Branche, spitzte sich die Situation seit Corona noch weiter zu. Es hätte damit angefangen, dass nun auch z.B. in den Fluren alle Kontaktflächen desinfiziert werden mussten, so die Frauen. Mehr Zeit hätte es dafür nicht gegeben. Auch sei kein neues Personal eingestellt worden, welches dringend gebraucht würde.

„Ich habe mehrere Wochen auf einer Isolationsstation gearbeitet. Zum Glück habe ich dabei die Überstunden, die durch das An- und Ausziehen der Schutzkleidung anfielen, bezahlt bekommen. Aber ich musste jeden Tag arbeiten, mehrere Wochen durch, weil eine Frau erkrankt war. Eigentlich stehen einem nach sieben Tagen Durcharbeiten zwei freie Tage zu. Aber als ich dann nach vier oder fünf Wochen, in denen ich jeden Tag gearbeitet hatte, endlich da durch war, musste ich zwei Tage meines normalen Urlaubs nehmen, um mich ein bisschen auszuruhen. Als Dank habe ich dann von meiner Firma einen Gutschein bekommen, von dem ich gerade mal ein bisschen Lebensmittel hatte einkaufen können. Das ist also der Dank dafür, dass ich meine Gesundheit zu einem miesen Lohn aufs Spiel setze?! Meine Kolleginnen mussten dann meine andere Arbeiten machen, weil ich ja nur auf der Station sein durfte. Wir hätten dringend noch jemand anderen gebraucht.“

Seit kurzem seien, so die Frauen weiter, einige Maßnahmen weggefallen, z.B. müssten sie nun nicht mehr täglich Kontaktflächen desinfizieren. Aber anstatt wie vor der Pandemie weiter zu arbeiten, hätten sie jetzt neue Aufgaben bekommen:

„Die Chefs spinnen doch! Jetzt müssen wir Desinfektionsmittel auffüllen, eine Aufgabe, die vorher die Pflege oder die Hausmeister gemacht haben. Aber das machen wir jetzt. Natürlich kriegen wir dafür nicht mehr Zeit. Das heißt, wir müssen uns noch mehr beeilen, damit wir das alles schaffen und nicht unbezahlte Überstunden machen müssen.“

Eine andere erzählt:

„Hätte das nur eine von uns gemacht, hätte sie dafür eine weitere bezahlte Stunde zur Verfügung bekommen, aber jetzt wurde das zwischen uns aufgeteilt und jetzt wird da nichts extra bezahlt. Das ist Ausbeutung. Aber die denken, sie können alles mit uns machen.“

Auch der Corona-Bonus, den es schon einmal gab und der jetzt wieder kommen soll, hilft dabei nicht, das auszugleichen.

„Ich war zu häufig krank, also habe ich nichts bekommen. Das hat der Betriebsrat bei uns so entschieden. Die sollten sich lieber mal Chefrat nennen, wenn sie doch lieber in seinen Arsch kriechen, als unsere Bedingungen zu verbessern.“

Die Situation der Reinigungskräfte als Beispiel zeigt sehr gut, wie sich die Ausbeutung der Arbeiterklasse und hier besonders der proletarischen Frauen weiter verschärft und wie die Corona-Maßnahmen dazu genutzt wurden, diese Entwicklung weiter voranzutreiben. Denn während es zwar in der Reinigungsbranche häufig einen Tarifmindestlohn gibt, der über dem normalen Mindestlohn liegt, versuchen die Arbeitskäufer ihre gestiegenen Kosten mit mehr Leistung der Reinigungskräfte bei gleichbleibender Zeit auszugleichen und dabei auch noch ihren Profit zu steigern. Wie das Beispiel der interviewten Frauen zeigt, ist dabei von Gewerkschaften oder Betriebsräten nichts zu erhoffen. Die Forderung nach mehr Zeit für die anfallende Arbeit, die auch bezahlt wird, ist dabei eine wichtige Tagesforderung im Arbeitskampf der Reinigungskräfte, aber auch vieler anderer Arbeiter. •

VON WEGEN LANDESMINDESTLOHN UND TARIFVERTRAG IN DER PFLEGE!



Streik von Vivantes-Pflegekräften

Die Arbeitskämpfe der Arbeiter in den Krankenhäusern des letzten Jahres, über die wir bereits berichteten, haben schon gegen Ende des Jahres zu Tarifverhandlungen geführt:

„Berlin, 12. Oktober 2021 – Bei den Tarifverhandlungen über die Entlastung der Beschäftigten bei Vivantes, dem größten kommunalen Klinikkonzern in Deutschland, haben sich die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und die Arbeitgeber auf Eckpunkte für einen Tarifvertrag geeinigt. [...] Die Streikmaßnahmen werden ausgesetzt.“

Weiter heißt es in der Pressemitteilung, eine Entlastung der Angestellten soll durch eine sogenannte „Patienten-Personal-Ratio“ herbeigeführt werden. Beispielsweise darf eine Intensivpflegekraft maximal 1,7 Patienten versorgen. Kann das nicht eingehalten werden, gibt es einen „Vivantes-Freizeitpunkt“. Pro Schicht. Hat man neun Punkte gesammelt gibt es einen Tag frei oder 150 Euro Entgeltausgleich. Bis 2024 soll die Anzahl der benötigten „Vivantes-Freizeitpunkte“ auf fünf sinken und die maximale Anzahl an freien Tagen auf fünfzehn steigen. Momentan sind es maximal sechs. Alle Punkte, die nicht in freie Tage umgewandelt werden können, werden als Entgeltausgleich ausgezahlt. Wie motiviert der Arbeitgeber Vivantes ist, im Übrigen zu 100 Prozent ein Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin, dieses lustige Freizeitpunkte-System umzusetzen, zeigt sich nun: Nämlich anscheinend gar

nicht. Der Tarifvertrag gilt ab dem 1. Januar 2022. „Die Kollegen erwarten jetzt, dass dieser Tarifvertrag endlich umgesetzt wird – und zwar in Gänze und nicht nur stückchenweise. Darauf haben sie verdammt nochmal das Recht.“, so die Intensivpflegerin Anja Voigt im rbb. Beim anderen landeseigenen Klinikkonzern, der Charité, wird der Tarifvertrag bereits seit Anfang des Jahres umgesetzt. Doch der Vivantes-Konzern kann angeblich leider nicht schneller, da muss noch diese neue Software implementiert werden, da trifft die keine Schuld. Aber keine Sorge, ab dem 1. April gilt: „Wer Vollzeit arbeitet, bekommt jetzt schon pauschal, ohne dass Mehrbelastung nachgewiesen werden muss, etwa einen Tag zusätzlich frei im Monat“, so der Vivantes-Sprecher Christoph Lang. Klasse, wie hier mit vagen Pauschalregelungen bei der Umsetzung des erkämpften TVöD rumgeieert wird. Aber stimmt schon, wieso sollte man eine Mehrbelastung nachweisen, wenn dieser Zustand schon von vornherein klar ist, denn weniger Personalmangel oder irgendeinen anderen Belastungsausgleich gab es nicht.

BERLINER LANDESMINDESTLOHN – GESETZLICH FESTGELEGTE EMPFEHLUNG?

Ein weiteres Beispiel des dreisten Ignorierens der vermeintlichen Rechte der Arbeiter ist der Landesmindestlohn. Kamila Weiß beispielsweise arbeitet seit

zehn Jahren als Reinigungskraft für den Kreißsaal und die Intensivstation in Neukölln für Vivaclean. Gegenüber dem rbb äußerte sie: „Wir bekommen alle 11,11 Euro pro Stunde“. Ein kurzer Ausflug in das „Mindestlohngesetz für das Land Berlin (Landesmindestlohngesetz - LMiLoG Bln) vom 18. Dezember 2013“:

„§ 4 [...] Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Landes Berlin soll mindestens ein Anspruch auf den Mindestlohn nach § 9 eingeräumt werden.“

„§ 9 [...] (1) Der Mindestlohn beträgt 12,50 Euro (brutto) je Zeitzunde, solange der Senat keinen höheren Mindestlohn nach Absatz 2 festlegt.“

Doch auch für dieses Problem hat der sehr kluge Vivantes-Sprecher Herr Lang eine Antwort: „Es ist tatsächlich so, dass nicht nur der nackte Stundenlohn, wie er in der Entgelttabelle steht, berechnet wird, sondern auch Zuschläge wie Nachtzuschläge, Feiertagszuschläge oder auch Jahressonderzahlungen.“ Es darf natürlich nicht nur die einfache Lohntabelle betrachtet werden. Herr „Zahlenakrobat“ Lang höchstpersönlich hat sich den Lohnzettel von Frau Weiß angeschaut und ist zu dem Schluss gekommen: „Damit kommt auch Frau Weiß über den Landesmindestlohn.“ Es wird ja auch alles nachgezahlt. Jetzt, wo alles teurer geworden ist, hilft das der alleinerziehenden Reinigungskraft nicht besonders, Geld versprochen zu bekommen. „Das ist sehr schwer, die Überstunden haben mir geholfen, da konnte ich ein wenig mehr verdienen. Seit dem Moment, wo alles teurer geworden ist, komme ich gar nicht klar mit meinem Geld.“

In der anfangs zitierten Pressemitteilung hieß es von der ver.di-Verhandlungsführerin Heike von Gradolewski-Ballin: „Erzielen konnten wir dieses Ergebnis nur, weil die Beschäftigten konsequent für ihre Interessen eingetreten sind: mit Aktionen, mit Entschlossenheit, und mit einem langen Atem.“ Genau richtig erkannt, Frau von Gradolewski, geschenkt wird hier keinem etwas. Und auch nach der Einigung in der Tarifverhandlung muss weiter gekämpft werden. Allein, um das bereits Erreichte zu erhalten. Zum anderen wird auch deutlich: Ver.di übt nicht genug Druck auf die Arbeitgeber aus. „Wir sehen auf Arbeitgeberseite bei der Charité ein bisschen mehr Willen, in die schnelle Umsetzung zu kommen. Das sehen wir bei Vivantes nicht“, sagte die Fachbereichsleiterin der

Gewerkschaft Verdi, Jana Seppelt. Dann wird noch einmal an die Gesundheitssenatorin appelliert und das war auch schon das höchste der Gefühle. Eine richtige Kampfansage. Und dieses Beispiel zeigt gerade erneut: kämpfen die Arbeiter nicht für sich selbst, passiert nichts. Die Ver.di-Führung lehnt sich zu sehr zurück, genauso wie die Führung des DGB. Wie sonst lässt sich beispielsweise die Haltung zum 1. Mai in den letzten Jahren erklären? Corona kann nicht die Entschuldigung für alles sein. Weder für eine sich schon vorher abzeichnende ökonomische Überproduktionskrise, noch für ein alles übertreffendes Im-Stich-Lassen der Arbeiter. Bei Livestreams mit Mitgliedern des Berliner Senats Liebesbekundungen austauschen und Bratwurstständen nachtrauern, ist eure Form von Kampf? So tretet ihr für Arbeiter ein, indem ihr euch mit Sozialpartnerschaft umgarnen lasst? Vielen dank auch. Diese Haltung auf die Spitze treibend haben sie für ihre diesjährige 1. Mai-Demonstration auch „Schummel-Franzi“ Giffey eingeladen, eine Rede zu halten und versucht, die Rede gegen den laut geäußerten gerechtfertigten Hass der Teilnehmer zu verteidigen. Die Versprechungen vor der Wahl von Giffey und ihrer rot-grün-roten Regierungsclique waren auch im Bereich des Gesundheitswesens groß. Erfüllt haben sie aber keine davon, genauso wenig wie den bei der Wahl beschlossenen Volksentscheid. Entsprechend war auch die Haltung der Gewerkschaftler und Teilnehmer der diesjährigen 1. Mai-Demonstration des DGB. Sowohl die Rede von Giffey als auch von dem Bundesvorsitz der DGB wurden von Sprechchören übertönt und Giffey mit Eiern beworfen. Was wir wollen und brauchen ist es, diesen Verrat der Gewerkschaftsführungen zu durchbrechen und zusammen in revolutionären Gewerkschaften für unsere Interessen zu kämpfen. •



Eierwurf auf Giffey am 1. Mai

STEILSHOOP: BASKETBALL-PLATZ MUSS WEGEN U-BAHN WEICHEN

Der Basketball-Platz in Steilshoop und der anliegende Skate-Park sollen für den Neubau der U5 weichen. Das, weil Steilshoop nun erstmalig an das Schnellbahn-Netz Hamburgs angeschlossen werden soll. Die neue U-Bahn Linie U5 soll durch die nordöstlichen Randbezirke Bramfeld und Steilshoop verlaufen und diese Stadtteile mit dem Hauptbahnhof, der Universität Hamburg und allgemein dem Hamburger Westen verbinden. Dafür werden neue Tunnel durch die Stadtteile gegraben, Strom- und Wasserleitungen verlegt und das Ganze lässt sich die Stadt happige 1,8 Milliarden Euro kosten. Trotz Bedenken einiger bürgerlicher Politiker und Anwohner wurde dem Bauvorhaben für den Streckenabschnitt im Hamburger Nordosten zugestimmt: Werden darüber stehende Häuser gefährdet? Ist der Ausstieg aus den fünf meist unterirdischen Haltestellen sicher? Wird die Umwelt rechtswidrig belastet? Wie sollte es auch anders sein, wenn das eines der Vorzeige-Projekte der aktuellen Hamburger Regierung ist. Es soll einen hoch-modernen automatisierten Fahrbetrieb geben, damit alle 90 Sekunden eine Abfahrt garantiert werden kann. Die nächste Haltestelle ist zur Zeit noch 1,7 Kilometer vom Stadtteil entfernt. Steilshoop ist ein Stadtteil im Hamburger Norden, in dem viele jüngere Menschen mit Kindern leben und es eine vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote gibt. 2020 hatte der Stadtteil den höchsten Anstieg der Arbeitslosenquote zu verzeichnen. Das durchschnittliche Einkommen in Steilshoop war vor einigen Jahren fast um die Hälfte geringer als das durchschnittliche Einkommen ganz Hamburgs. Ende der 1960er Jahre wurde eine Großwohnsiedlung in Steilshoop angelegt, die 20.000 Menschen beherbergt.

Das Basketballfeld und die Skate-Anlage, welche tagtäglich von den Jugendlichen genutzt wird, soll auf Beschluss des Senats hin zu einer Baustelle werden. Aber nicht der Platz selbst soll für die neue U-Bahn bebaut werden. Er dient den Bauherren lediglich als „Baustelleneinrichtungsfläche“, also eine Abstellfläche für die Container, Gerätschaften und Materialien der eigentlichen Baustelle nebenan. Den Leuten aus dem Stadtteil sollte eigentlich Ersatz für die nun fehlenden Sportanlagen geboten werden. Und zwar bevor die Baustelle errichtet wird. Nun gibt der Senat bekannt, dass die Sportanlagen und Grünflächen

von der Hochbahn bereits dieses Jahr benötigt werden, während eine der beiden Ersatzflächen erst im Sommer 2023 fertig werden. Der Beginn des Ersatzbaus für die Skate-Anlage ist noch gar nicht festgelegt, dort gebe es noch „Abstimmungsbedarf“. Mit dieser Aussicht wird der Basketballplatz seit Monaten nicht einmal mehr von der Stadt in Stand gehalten. Wie einige Jugendliche uns berichteten, wird der kaputte Basketball-Korb jetzt weder repariert, noch gleichwertig ersetzt, sondern jetzt muss ein Plastik-Korb erhalten, mit dem man nicht richtig spielen kann und der auch bereits nach kurzer Zeit kaputt war. Die Stadt hat versprochen, dass die Ersatzflächen „gleichwertig“ angelegt sein werden, mit Ausstattung wie Flutlichtanlage etc. Wenn die Stadt schon jetzt nicht hält, was sie verspricht, bleibt das allerdings stark zu bezweifeln.

Die Sportanlagen auf den Grünflächen hinter dem Stadtteilzentrum sind integraler Bestandteil des Alltags für viele Bewohner. Selbst Leute aus anderen Stadtteilen kommen, um das Basketballfeld zu nutzen. Jugendliche und Familien mit Kindern verbringen dort ihre Nachmittage, besuchen beispielsweise das Zirkus-Zelt, welches sich in den Sommermonaten für wenige Wochen auf den Grünflächen niederlässt oder sind vertieft in das Training für das nächste Spiel. Selbst die Kleinsten üben dort ihre neusten „Moves“ ein. Eine willkommene Abwechslung vom heruntergekommenen Einkaufszentrum, welches das Bild des Stadtteils prägt. Bereits beim Ausbau der U4-Linie in Horn haben die Anwohner, deren Häuser direkt an der Baustelle lagen, von Rissen in den Wänden berichtet. Nun befürchten die Jugendlichen, dass ihre Eltern bald in den angrenzenden Häusern aufgrund der Baustelle nicht mehr wohnen können.

2012 erst haben die Jugendlichen aus dem Viertel, gemeinsam mit einer Stadtteil-Initiative, dafür gesorgt, dass es auf den Grünflächen einen Basketball-Platz geben darf. Sie haben bei der Stadt beantragt, dass dieser aufgebaut wird, haben bei dem Aufbau des Sportplatzes selbst mit geholfen und mussten der Stadt versprechen, dass sie sich auch selbst um den Platz kümmern werden, was sie auch mit Freude getan haben. Trotz verschiedener sogenannter Stadtentwicklungsprojekte mussten die

Jugendlichen selbst dafür kämpfen, dass sie umsonst draußen trainieren können. Medienwirksam wurde der neue Sportplatz angepriesen und was der Senat für sich in den Presseberichten als ihr „Planungserfolg“ verbuchen wollte, wäre ohne die Initiative der Jugendlichen nicht möglich gewesen. Die Chance, täglich umsonst zu trainieren, anstatt sich anderen weniger sinnvollen Dingen hin zu geben, haben sie sich eigenhändig aufgebaut.

Die Initiative der Jugendlichen aus 2012 ist ein Beispiel dafür, was wir schaffen können, wenn wir uns im Viertel zu einer gemeinsamen Kraft verbinden, die sich für eine Sache einsetzt. Genauso müssen wir uns auch dagegen wehren, wenn unsere Projekte wieder platt gemacht werden sollen. Der Sportplatz soll für ein neues, viel größeres „Stadtentwicklungsprojekt“ erhalten, was eines der ärmsten Stadtteile Hamburgs mit den bürgerlichsten Stadtteilen Hamburgs direkt verbindet. Diese direkte Verbindung dient dazu, Steilshoop (und auch andere Randbezirke im tiefsten Hamburger Westen) „aufzuwerten“. Die Herren Stadtentwickler wollen Steilshoop „durchmischen“,

d.h. den Stadtteil für mehr Leute mit einer höheren Gehaltsklasse attraktiver gestalten. Diese lassen dann die Mieten noch mehr in die Höhe schnellen, als sie es sowieso schon tun, in Zeiten der Wirtschaftskrise und in Mitten des imperialistischen Krieges in Europa, deren Kosten auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden. Kein Wunder, dass die Verantwortlichen für den Stadtteil nun seit kurzer Zeit so bedacht darauf sind, das von der bürgerlichen Presse verschriene „Ekel-EKZ“ wieder in Stand zu setzen, wenn 2027 die ersten Züge auf der neuen Strecke rollen sollen.

Es bleibt uns nur, uns zu organisieren in unseren Vierteln, wenn wir diese Entwicklung verhindern wollen. Für eine neue U-Bahn wollen wir nicht den Preis bezahlen, in brüchigen Häusern zu leben, die viel zu teuer für uns geworden sind, und keine Möglichkeit mehr zu haben, Sport zu treiben und mit den Kindern raus zu kommen. ■



Jugendliche aus Steilshoop bei der Einweihung des Basketballplatzes 2012

ALLES ANDERE ALS ÜBER'N BERG – AUCH 2022 GEHT ES WEITER MIT DER KURZARBEIT

Wer gedacht hat, jetzt wo die Pandemie vorbei scheint, pendelt sich alles wieder ein und wird wie früher, hat falsch gedacht. Wie schon 2020 und 2021 ist in zahlreichen Betrieben – ob groß oder klein – weiterhin Kurzarbeit angesagt. Deutschlandweit sind laut aktuellen Angaben (offizielle Zahlen von Statista vom Mai 2022) weiterhin mehr als 425.000 Beschäftigte in Kurzarbeit. Das ist weitaus mehr als das Doppelte der Durchschnittswerte der Jahre 2011 bis 2019. Hier in Bremen hat der größte private Arbeitgeber im Bundesland – die Daimler AG – Anfang Mai wieder Kurzarbeit angemeldet. Ganze 8000 bis 9000 Kollegen wurden wieder aus dem Betrieb ausgesperrt und mussten wieder nur mit einem Teil ihres Lohns auskommen. Nachdem das letzte Jahr geprägt war von einem wochenweise wechselndem On und Off zwischen normaler Arbeit und Kurzarbeit, ist es das erste Mal in diesem Jahr gewesen, dass die Bänder bei Daimler wieder still standen. Doch der genannte Grund ist der selbe wie im letzten Jahr – Chipmangel. Dieser besteht zwar, ist allerdings nicht alleinige Ursache dafür, dass die Bänder immer wieder still stehen oder langsamer laufen. Denn die Daimler AG hat, wie andere Autohersteller, Probleme, ihre produzierten Wagen zu verkaufen. Das heißt, es wird zu viel produziert und man bezahlt Leute, damit sie Arbeit machen, die am Ende keinen Gewinn einbringt. So kommt es zu Entlassungen und besonders Kurzarbeit. Ein Chipmangel ist genau wie Corona ein guter Vorwand, das gänzlich zu vertuschen.

Schon letzten Herbst berichteten wir hier in der Roten Post über die ständige Kurzarbeit bei Daimler in Bremen. Diese wurde vom Konzern, im Rücken gedeckt vom Betriebsrat und der Führung der IG-Metall, von der Ausnahme zur Regel erklärt. Wochenlang immer und immer wieder meldete der Konzern im letzten Jahr Kurzarbeit an. Alles auf Kosten der Kollegen bei Daimler. Allein fest angestellt arbeiten bei Daimler über 12.500 Kollegen, was den Konzern zum größten Arbeitgeber Bremens macht. Hinzu kommen 1500 bis 2000 weitere Beschäftigte, die als Leiharbeiter, mit Werksvertrag oder anderweitig über Fremdfirmen beschäftigt sind und direkt für Daimler arbeiten. Doch auch über das

Werksgelände von Daimler hinaus hängen zahllose Arbeitsplätze in Bremen, Bremerhaven und umzu vom Autoriesen Daimler ab. So ist die BLG Logistics Group AG & Co. KG, die mit über 6000 beschäftigten Bremens zweitgrößter privater Arbeitgeber ist, in der Hauptsache für Daimler tätig. Auf ihrer Website gibt BLG Logistics die „Automobillogistik“ als erstes und wichtigstes Tätigkeitsfeld an. Dazu schreibt der Konzern online:

„Mit über 4,8 Millionen transportierten Fahrzeugen pro Jahr ist BLG LOGISTICS der führende Automobillogistiker in Europa.“

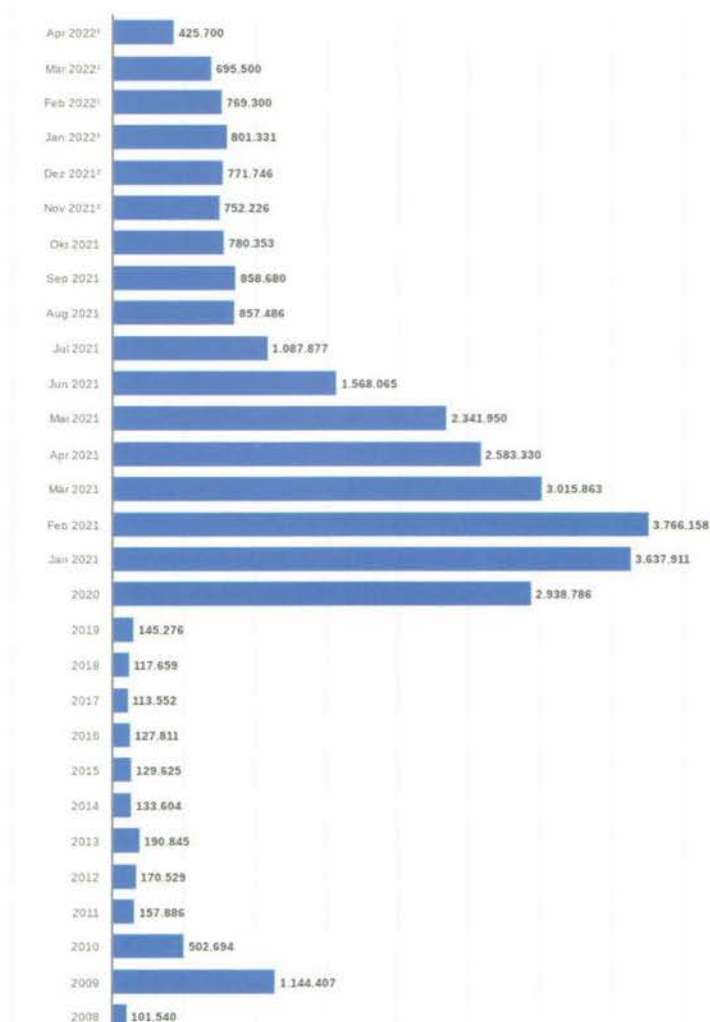
Von Bremen und Bremerhaven aus werden Millionen Neuwagen, die im Bremer Daimler-Werk vom Band gehen, in alle Welt verfrachtet, in der Hauptsache von BLG. Außerdem ist der Betrieb als Zulieferer von Autoteilen für Daimler tätig. Doch BLG Logistics ist nicht der einzige große Betrieb, der von Daimler abhängt. Weitere Dienstleister sind z.B. Lear Corporation mit gut 1200 Angestellten, Stute mit 900 Angestellten oder auch die LOREL Logistik GmbH, bei der gut 600 Kollegen arbeiten. Die meisten der Kollegen, die bei diesen Zulieferern für Daimler arbeiten, sind Leiharbeiter. Wenn bei Daimler also die Bänder still stehen, haben auch die Zulieferfirmen weniger zu tun.

In den vergangenen beiden Jahren hat sich auch am Beispiel von Daimler und all seinen Zulieferern in Bremen bestätigt, dass die Krise vor allem auf die untersten Schichten der Arbeiterklasse abgewälzt wird. Diejenigen, die bei den großen Produktionsstopps als erstes gehen mussten, waren die Leiharbeiter, die 2020 und 2021 zu Hunderten gefeuert wurden. Bei Daimler selbst, sowie bei den Dienstleistern, verloren zahlreiche Arbeiter ihre Jobs. Doch auch vielen fest angestellten Kollegen stockte der Atem, als die Daimler AG Anfang 2021 verkündete, dass bis zu 20.000 Stellen gestrichen werden sollen. Und das trotz Rekordgewinnen des Konzerns, die vor allem durch die gesparten Personalkosten, hauptsächlich durch die Kurzarbeit, erwirtschaftet wurden. Die sicher geglaubten Jobs waren plötzlich nicht mehr so sicher.

Der nun ständige und völlig normalisierte Gebrauch von Kurzarbeit durch Konzerne ist eines von vielen Mitteln, die mit der sogenannten Corona-Krise dauerhaft etabliert wurden. Denn während Anfang April viele „Maßnahmen gegen Corona“ gelockert und aufgehoben wurden, blieben die Regelungen zur Kurzarbeit bestehen. Der Bundestag verlängerte das erleichterte Kurzarbeitergeld bis zum 30. Juni diesem Jahres. Im gleichen Zuge wurde die maximale Bezugsdauer von 24 auf 28 Monate verlängert. Über den 31. März hinaus verlängert wurden bestehende Zugangserleichterungen für Kurzarbeit. Weiterhin reicht es, wenn mindestens zehn Prozent der Beschäftigten von Arbeitsausfall betroffen sind. Nach ursprünglicher Gesetzgebung muss mindestens ein Drittel der Beschäftigten eines Unternehmens betroffen sein.

Jetzt, wo Corona in Deutschland kaum noch eine Rolle mehr spielt, findet die herrschende Klasse eine

neue Ausrede nach der anderen für die Krise; ob Lieferengpässe oder der Krieg in der Ukraine, alles scheint eine willkommene Ausrede, um vom Ursprung des Problems abzulenken. Dabei sind die Wirtschaftskrisen fester Bestandteil des imperialistischen Systems und treten immer und immer wieder auf. Für uns Arbeiter zeigt sich deutlich, dass spätestens in den Krisen alle Zugeständnisse und Versprechen der Kapitalisten über Bord geworfen werden und jede erkämpfte Errungenschaft verteidigt werden muss. Die Maßnahmen, die von der alten Merkel-Regierung eingeführt wurden, werden von der neuen Ampel-Regierung weiter konsolidiert. Gleichzeitig hält der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung weitere arbeiterfeindliche Maßnahmen bereit, wie den beschlossenen Generalangriff auf den Acht-Stunden-Tag. •



Immer noch vielfach höher als „vor Corona“: Anzahl der Kurzarbeiter in Deutschland (Jahres- und Monatsdurchschnittswerte)

VOR 3 JAHREN WURDE ADEL B. ERMORDET.

Anlässlich des kommenden Jahrestages der Ermordung von Adel B. berichten wir erneut über den Fall und über die Entwicklung des Kampfes gegen rassistische Polizeigewalt.

Am 18.06.2019 wurde der Deutsch-Algerier Adel B. im Hausflur seines Wohnhauses in Essen-Altendorf von der Polizei erschossen. Um den Mord zu rechtfertigen, wurde schnell behauptet, Adel hätte die eingesetzten Beamten mit einem Messer angegriffen. Ein Video widerlegte die Aussage der Beamten und zeigt, dass sie auf ihn zustürmen und durch eine geschlossene Glastür hindurch in seine Brust schießen. Das Video wurde von einem Nachbarn gedreht, der mehrmals seine Hilfe angeboten hat. Die Polizei hat das Video gelöscht, nachdem sie es erhalten hatte. Nichts ist zu sehen von Notwehr wie behauptet, was folgt sind zwei weitere Lügen. Danach hieß er hätte seine Familie umbringen wollen, dann hieß es wieder, er hätte die eingesetzten Beamten angegriffen. Diesmal jedoch durch einen Türspalt, nachdem die Polizei auf ihn zugestürzt ist.

Um die Solidarisierung mit der Familie von Adel zu verhindern, wurde er schnell in der Presse, in Stellungnahmen der Polizei und der Politik als Krimineller und Junkie dargestellt. Dass Adel an Depressionen litt und gegen Ende seines Lebens ein Drogenproblem entwickelte, sind Tatsachen, was jedoch gezielt verschwiegen wurde, ist der Umstand, dass er ein liebender Stiefvater und Jugendfußballtrainer war. Im Viertel war er bekannt und für seine Hilfsbereitschaft geschätzt. Alle, die Adel näher kannten und mit denen man spricht, erzählen von seinen ansteckenden Lächeln. Schnell formierte sich gegen dieses Unrecht Widerstand. Familie, Freunde und Anwohner aus dem Viertel schlossen sich zusammen und prangerten die Tat an. Die Mutter von Adel klagte sich durch alle gerichtlichen Instanzen, doch die Gerichte haben die Lügen der Polizei als Wahrheit anerkannt und das Verfahren immer wieder eingestellt. In der Zeit gab es immer wieder Proteste, Demonstrationen und Aktionen, um gegen die rassistische Gewalt vorzugehen. Denn Adel ist kein Einzelfall; zwei Jahre vor Adel wurde Mikael Haile ebenfalls in seinen Hausflur erschossen. Auch in diesen Fall gab es außer der Polizei keine Zeugen. Auch hier soll er die Beamten mit einem Messer angegriffen haben. Während des Untersu-

chungsverfahrens sind dann wichtige Teile der Akte verloren gegangen. Während ein Land wie die BRD eine ganze Armee an Staatsbeamten hat und jeder Strafzettel irgendwo vermerkt wird, kann es dort passieren, dass immer wieder Akten „verschwinden“, die das Vorgehen von Polizisten und anderen Staatsbediensteten belasten.

Der Mord an Adel war der Ausgangspunkt einer breiten Bewegung gegen rassistische Polizeigewalt in Essen. Viele Betroffene meldeten sich darauf öffentlich und machten die Fälle bekannt. Seit 2019 bis Heute ist so eine ziemlich lange Liste an Skandalen der Essener Polizei zusammen gekommen. Diese Liste beinhaltet Nazichats, NS-Verherrlichung, Misshandlungen in Gewahrsamszellen, Prügelattacken im Haus der Opfer, Hetzjagden und Mord. Immer wieder betont der Essener Polizeipräsident, dass dies Einzelfälle seien und es keinen polizeilichen Rassismus gibt. Selbst Forscher der Universität Duisburg-Essen kamen in der Vergangenheit zu einer anderen Einschätzung und sprechen von einem rassistischen Klima in Essen-Altendorf, was dazu führt, dass die dort lebenden Menschen mehr als wo anders schikaniert werden.

In allen Fällen wurden die Betroffenen mit Repression verfolgt und von der Polizei angezeigt, um ihr Verhalten zu rechtfertigen. In manchen Fällen wie der der Familie Ayoub wurde der ganzen Familie eine Verbindung zur organisierten Kriminalität angedichtet. In einem Fall von 2020 wurde eine Familie aus Nigeria von der Polizei durch die Stadt gejagt. Die Mutter wollte damals den Diebstahl ihres Portmonee anzeigen und wurde rassistisch beleidigt. Als sie mit ihren Kindern wiederkam, um die Situation zu klären, wurde die Familie angegriffen, und die Polizei veranstaltete eine Hetzjagd durch die Stadt. Der Sohn wurde daraufhin angezeigt; ihm wurde vorgeworfen, die Beamten beleidigt und angegriffen zu haben.

Vor Kurzem stand der junge Mann vor Gericht und wurde freigesprochen. Die Beamten haben sich widersprochen und konnten ihr Vorgehen

nicht rechtfertigen, sogar die Staatsanwaltschaft hatte Zweifel am Vorgehen der Polizei. Dieser und ein weiterer Freispruch in einen ähnlichen Fall von rassistischer Polizeigewalt sind das Ergebnis eines langen Kampfes. Auch wenn der Kampf um Gerechtigkeit für Adel oder auch Mikael beide nicht wieder lebendig werden lässt, führt er dazu, dass die öffentliche Debatte über rassistische Polizeigewalt geführt wird und ein Klima entsteht, in dem die Polizei, Gerichte und die Staatsanwaltschaft nicht mehr agieren können, wie sie wollen. Der Polizei wird mehr auf die Finger geschaut, und die Beamten müssen jetzt zwei Mal nachdenken, ob sie die Schusswaffe einsetzen oder nicht. Denn keiner von ihnen will in die Öffentlichkeit gezerrt werden und sich für sein Handeln verantworten müssen.

Was die Polizei jedoch immer wieder versucht, ist, den Widerstand gegen ihr Vorgehen zu kriminalisieren. Für das Verteilen von Flugblättern müssen sich in naher Zukunft drei Essener vor Gericht verantworten. Sie haben für eine legale und angemeldete Demonstration geworben. Selbst die Polizei musste zugeben, dass diese friedlich verlief und der befürchtete Aufstand ausblieb. Ein neuer Höhepunkt in dieser Hexenjagd ist die Öffentlichkeitsfahndung nach einem Demonstrationsteilnehmer. Er soll angeblich im letzten Jahr bei der Gedenkdemonstration für Adel zwei Polizisten bei dem Versuch, eine Polizeikette zu durchbrechen, verletzt haben. Die Demonstration lief durch Altendorf in Begleitung eines massiven Polizeiaufgebots und löste sich am Ende auf der Kreuzung Altendorfstraße/Helenenstraße auf. Die Polizei griff die sich gerade in Auflösung befindende Demonstration an und versuchte, einzelne

Teilnehmer raus zu ziehen. Dies unter massivem Einsatz von Schlagstöcken, Pfefferspray und Polizeihunden. Das Ziel ist es, die Proteste zu delegitimieren und die Teilnehmer davon in gute und schlechte Demonstranten zu teilen. Mit der in Anschluss stattfindenden Repression wird versucht, den Kampf gegen rassistische Polizeigewalt abzuwürgen. Dass sie damit keinen Erfolg haben wird, zeigt sich auch darin, dass der Kampf für Gerechtigkeit weiter geführt wird. Ihre Repression wird genauso scheitern, wie die schlechten Vertuschungsversuche gescheitert sind. Der Kampf um Gerechtigkeit für Adel wird weitergeführt und auch dieses Jahr finden wieder Aktivitäten um seinen Todestag statt. •



In Gedenken an Adel B.

CORONA IM PFLEGEHEIM – EIN ERFAHRUNGSBERICHT

Folgender Bericht wurde von einem unserer Leser aus Baden-Württemberg verfasst und uns zugeschickt.

Über zwei Jahre Pandemie liegen hinter uns. Die Auswirkungen der Pandemie haben die Unterdrückten auf der ganzen Welt deutlich gespürt. Es wurde immer wieder davon gesprochen, dass die Leute bei hohen Inzidenzen zuhause bleiben und sich schützen müssten. Doch es gab auch eine Reihe von Menschen, die sich nicht schützen konnten, und das waren in erster Linie Arbeiter aus dem Pflegesektor. Während alle zuhause bleiben und Kontakte reduzieren sollten, mussten wir weiter zur Arbeit und zum Teil mit hochansteckenden Kranken und pflegebedürftigen Menschen arbeiten. Um weiterhin ihren Job auszuüben, mussten die Pflegekräfte das Risiko eingehen, sich mit Covid anzustecken und eventuell schwere Langzeitfolgen davonzutragen. Ich bin einer dieser Menschen, und von meinen Erfahrungen in meiner Einrichtung möchte ich hier erzählen.

Zuerst – ich arbeite in einer stationären Einrichtung für pflegebedürftige Menschen, allem voran für alte Menschen. Die Situation in der Altenpflege war schon vor Corona schlecht. Wie auch in allen anderen Pflegeberufen. In allen Einrichtungen gab es Probleme mit Personalmangel, schon lange vor der Pandemie. Doch diese hat die ohnehin vorhandenen Probleme noch weiter verschärft. So zeichnet sich in vielen Pflegeeinrichtungen die Tendenz ab, dass die Arbeitsbedingungen, statt besser, immer schlechter werden. Wir hatten vor einiger Zeit die Situation, dass Corona bei uns in der Pflegeeinrichtung ausgebrochen ist. Zuerst wurde es nur bei einem einzelnen Bewohner festgestellt, doch rasend schnell, noch in den nächsten Tagen, wurde es bei weiteren Bewohnern und Kollegen, teilweise sogar in anderen Teilen der Einrichtung festgestellt. Die Situation wurde immer schlimmer. Das Virus hat sich auf alle Stationen ausgebreitet und letztendlich hatten wir die Situation, dass die meisten der Bewohner und auch ein großer Teil der Kollegen sich in den folgenden Wochen mit dem Virus ansteckten. Obwohl sofort nach Erkennen der Krankheit Maßnahmen getroffen und die erkrankten Bewohner auf den Zimmern isoliert wurden, konnte die Ausbreitung des Virus nicht verhindert werden. Dass dies so geschah, hat unterschiedliche Gründe. Zum einen muss klar gesagt sein, dass Covid eine hochansteckende Krankheit ist, und in der Zeit, bevor die Infektion erkannt wird, kann eine kranke Person viele weitere Menschen anstecken. So ist es eben auch mehrere Male geschehen.

Wir konnten eben nicht im Voraus verhindern, dass kranke Leute, von welchen wir nicht wussten, dass sie krank sind, andere anstecken. Es gab aber auch Vorbereitungsfehler. So hatten wir, als die ersten Bewohner auf unserer Station erkrankten, obwohl eigentlich Material vorhanden gewesen wäre, nicht die volle Schutzausrüstung vor den isolierten Zimmern stehen, was dazu führte, dass Kollegen ohne volle Schutzausrüstung in die Zimmer der Erkrankten gingen. Es wurden auch bei der Arbeitsaufteilung manchmal unsinnige Pläne gemacht, welche dazu führten, dass mehrere Pflegekräfte zum Teil erkrankte und nicht erkrankte Bewohner pflegen mussten, anstatt eine Person zu bestimmen, welche nur die erkrankten Bewohner pflegt.

Der wesentliche Faktor, welcher zum Verbreiten der Krankheit geführt hat, war jedoch ein altes Problem: dass die Pflege total unterfinanziert ist und an allen Ecken und Enden Personalmangel vorhanden ist. Das bedeutet am Ende höheren Arbeitsdruck, höhere Belastung, höhere Verantwortung für alle Pflegekräfte. Und klar, wenn du zu dritt 22 zum Teil schwer pflegebedürftige Bewohner versorgst, dann hast du als Fachkraft auch nicht immer die Zeit, alles fehlende Material zusammenzusuchen und dir zu jedem Problem ausführliche Gedanken zu machen. Und auch wenn du alles Material, was du zur sicheren Pflege von infektiösen, erkrankten Bewohnern benötigst, hast, dann kannst du es dennoch nicht immer vernünftig einsetzen. Auch wenn du alles Material vor dir hast, wenn du zu zweit auf Station bist, zwei Leute auf Toilette sitzen und herunter wollen, vier Medikamente in Verzug sind und verabreicht werden müssen, zehn Bewohner herumschreien, weil sie ins Bett möchten und dann noch mehrere Bewohner in Quarantänezimmern anfangen, zu klingeln, dann ziehst du dir, bevor du in die isolierten Zimmer hereingehst, eben nicht das komplette Schutzmaterial an, sondern wirfst dir nur schnell den Kittel und die Haube um, bevor du das Zimmer betrittst.

Wir haben die Situation, dass sowohl Pfleger als auch Patienten seit Jahren unter dem Personalmangel leiden. Doch mit solchen Pandemiefällen verstärkt sich so etwas natürlich. Wenn die Mitarbeiter scharenweise krank werden, dann wird die Arbeit auf jeden Fall ein ganzes Stück härter. Dann hast du eben die Situation, dass du zu dritt einen schrecklichen Arbeitstag hinter dich

bekommen hast und am nächsten Tag der Kollege, der geholfen hat, alles noch irgendwie halbwegs am Laufen zu halten, erkrankt ist. Und dann bist du zu zweit, und du weißt dann genau, dass du die Leute, die auf deine Hilfe angewiesen sind, nicht richtig versorgen können wirst. Natürlich nicht, du hast es ja schon am letzten Tag, trotz größerer Besetzung, nicht gekonnt. Hinzu kommt dann auch noch, dass die Genies unserer Einrichtungsleitung auf die „kluge“ Idee kamen, uns in dieser Situation noch mehr Arbeit aufzuhalsen. So mussten wir Pflegekräfte in dieser Zeit täglich alle Bewohner mit einem Schnelltest testen und das dreckige Geschirr musste bei uns auf Station gewaschen werden, anstatt wie früher in der Großküche. Natürlich war das die reine Katastrophe, denn wir hatten so oder so schon vorher zu wenig Zeit für die Bewohner gehabt. Natürlich hatten die Leitungspersonen nicht den Plan gezielt, das Virus in der Einrichtung zu verbreiten, doch wenn man, anstatt neues Personal einzustellen, lieber die anfallende Mehrarbeit auf die wenigen vorhandenen Pfleger abwälzt, dann braucht man sich nicht wundern, dass so etwas geschieht. Und ja, es gibt Fachkräftemangel und viele Einrichtungen, die Fachkräfte suchen, finden trotzdem keine, doch auch mit Hilfskräften, Hauswirtschaft und Betreuung kann man die Pflege entlasten. Und genug Leute die man dafür einstellen könnte gibt es auf jeden Fall.

Das alles führte dazu, dass die Kollegen auf den Stationen unter extremer Belastung litten, und dabei entstehen zwangsläufig Fehler in der Handhabung der Hygienemaßnahmen. Das Problem ist eben das ganze System, welches alles nur auf Profit auslegt. Selbst die Pflege und Versorgung von alten und kranken Menschen ist etwas, wo man auf das Geld anstatt auf die Menschen schaut. So lässt sich auch erklären wieso bestimmte Maßnahmen zur Eindämmung von Infektionen getroffen werden und andere nicht. Beispielsweise wurden bei uns nach einer Weile, in welcher sich Corona in unserer Einrichtung verbreitete, alle Bewohner mit einem PCR-Test getestet. Die Arbeiter, welche jedoch genauso an Covid erkrankten und dies auch gut verbreiten konnten, die wurden nicht getestet. Ganz nach dem Motto „Wenn unsere Mitarbeiter nicht positiv getestet werden, müssen die ja nicht zuhause bleiben.“ Dazu kommt natürlich auch, dass PCR-Tests für alle Mitarbeiter Geld kosten, und, wie wir alle ja gelernt haben, müssen Pflegeeinrichtungen ja „wirtschaftlich arbeiten“ und „unnötige Kosten vermeiden“. Doch möchte ich hier nicht nur mit dem Profitstreben und der „Wirtschaftlichkeit“ von Pflegeeinrichtungen abrechnen, ich möchte mit der ganzen Art und Weise abrechnen, wie Pflege in dieser Gesellschaft stattfindet. Pflege ist eine schöne und auch sehr wichtige

Arbeit. Menschen, die alt und krank sind und sich nicht mehr selbst versorgen können, sollten von den gesunden Menschen gut versorgt werden und ihnen sollte ein schöner Lebensabend mit gesellschaftlicher Teilhabe geboten werden. Das ist, was ich mir von Pflege in einer gerechten Gesellschaft wünsche, doch diese Gesellschaft haben wir offensichtlich nicht! In allen Pflegeeinrichtungen brennt es gerade. Egal ob nun in den Pflegeheimen oder in den Krankenhäusern. Die Patienten und Pflegebedürftigen sind die größten Leidtragenden und auch die Pflegekräfte gehen auf dem Zahnfleisch, um den Laden irgendwie am Laufen zu halten.

Ich bin in dieser ganzen Situation, während wir Corona in unserer Einrichtung hatten, weiterhin zur Arbeit gegangen. Während Politiker im Fernsehen dazu aufgerufen haben, Kontakte zu reduzieren und Menschenmengen zu meiden, habe ich auf Stationen gearbeitet, wo ich von allen Seiten von Covid-Erkrankten umgeben war. Ich habe direkt unter all diesen Bedingungen mit infektiösen Menschen gearbeitet und diese gepflegt, und ich wusste einfach, dass ich mich früher oder später auch durch die Arbeit anstecken werde. Ich habe trotzdem weitergearbeitet, denn es war mein Job und die Kranken mussten dennoch weiter versorgt werden. Und – ganz wie ich vermutet hatte – wurde ich krank. Krank, weil ich mich auf der Arbeit angesteckt habe.

Nun sitze ich hier und schreibe diesen Artikel, und obwohl ich schon eine Weile aus der Quarantäne draußen bin, habe ich immer noch Probleme, ausreichend Luft zu bekommen. Ich hoffe, dass sich das in der nächsten Zeit bessern wird, doch ich weiß nicht, ob es passiert. Und irgendwelche Politiker sind im Fernsehen und reden von der „Wertschätzung“ und „Anerkennung“, die die Pflege verdient hat. Die sollen ihre verlogene Klappe halten. Ich stecke mich auf der Arbeit mit Corona an und bin dennoch im Minus. Was für eine Wertschätzung ist das bitte? Auch von dem Corona-Bonus, der nun kürzlich ausgezahlt wurde, haben wir bei uns nichts gesehen. Generell, es sind diejenigen, die unser Pflegesystem kaputtgespart haben, die sich nun als die „Kämpfer für die Pflege“ aufspielen. Als ob irgendjemand denen noch ihre Lüge von der „baldigen Verbesserung“ abkauft. Das Problem ist der Kapitalismus. Eine menschliche Pflege wäre möglich, aber sie wird nicht durchgeführt, weil sie „nicht wirtschaftlich“ ist. Würde die Regierung das Geld, das sie nun massenhaft ins Militär steckt, in die Pflege stecken, wären beispielsweise Gelder für neue Betreuungsstellen da. Diese würden sowohl die Lebensqualität der Pflegebedürftigen steigern, als auch die Mehrarbeit der Pflegekräfte vermindern. •

„UND MORGEN DIE GANZE WELT“ – FILMREZENSION

„*Es zittern die morschen Knochen*“ ist der Titel des Liedes, dem die Regisseurin Julia von Heinz und ihre Crew den Titel für ihren 2020 veröffentlichten Film *„Und morgen die ganze Welt“* entnahmen. Richtig – dieses Lied wurde in den 1930'ern bekannt als Klassiker in der Hitler-Jugend, der SA und als Pflichtlied im Reichsarbeitsdienst. Das ist aber nur eine Randnotiz über das knapp zwei Stunden lange deutsch-französische Drama, das ja eigentlich angeblich einen realistischen Eindruck in die revolutionäre Bewegung in Deutschland geben will. Bei einem genaueren Blick auf das Werk zeigen sich dann aber die Absichten, die die Macher dieses Films tatsächlich hatten.

Hauptperson ist die 20-jährige deutsche Jurastudentin Luisa, die aus ihrem reichen Elternhaus auf dem Land nach Mannheim gezogen ist und über ihre Kindheitsfreundin Batte in Kontakt zur örtlichen „linken Szene“ kommt. Batte will eigentlich nur ein bisschen Peace und die Welt gerecht diskutieren – sogar der Film nimmt Leute ihrer Art ein wenig auf die Schippe – aber für Luisa tun sich schnell andere Perspektiven auf. Bei einem Protest gegen eine Kundgebung einer Partei, die die AfD symbolisieren soll (der Film greift die in bestimmten Kreisen verbreitete Vorstellung auf, die AfD sei nun eine große „faschistische Bedrohung“ in Deutschland), wird sie von Reaktionären angegriffen. Mit demjenigen, der ihr dort zur Hilfe eilt und sie verteidigt – „Alfa“ – und dessen Kumpel „Lenor“, plant sie in der Folge militante Aktionen gegen Faschisten. Die Sache entwickelt sich, für Luisa wird ein „Prozess der Radikalisierung“ dargestellt, und am Ende kapitulieren erst „Alfa“ und „Lenor“ vor der Repression durch den Staat durch ein §129-Verfahren und dann Luisa, nachdem sie sich in einer realitätsfernen Szene noch überlegt, Faschisten bei einem Dorffest zu töten. So kehrt sie zurück in die alte Welt, in der sie es mit ihren reichen Eltern gemütlich hat, und blendet das Leid und die Not der Völker der Welt, das Anwachsen der faschistischen Bewegung etc. aus. Maßgeblich beigetragen zu ihrer Desillusion hat dabei der alte Dietmar, ein ehemaliges Mitglied der „Revolutionären Zellen“, der mit der ganzen Sache durch ist und vor den jungen „Rebellen“ eine Art Mentorenperson einnimmt. Die Revolutionären Zellen führten in den 1970ern bis 1990ern bewaffnete Angriffe gegen Institutionen des deutschen Staates und Großunter-

nehmen durch. Dietmar, der für einen Anschlag auf den Konzern Siemens fünf Jahre im Knast gesessen hat, ist derjenige, der mit seiner Erfahrung meint, zu wissen, dass all der Kampf kein bisschen Veränderung gebracht hätte und man lieber auf sich selbst achten sollte, anstatt seine Freiheit zu riskieren für etwas, was man eh nie erreichen könnte. Er bringt die Botschaft des Films auf den Punkt: *„Der Knall, der die Welt verändert – der wird nicht kommen.“* Abgeschottet von der Realität in einer heruntergekommenen Bude, bekommt er aber auch nicht mehr viel vom Leben der Arbeiterklasse und der Völker der Welt mit.

Worum es sich beim Film dreht, ist revolutionäre Gewalt, und die bürgerliche Definition des „Radikalismus“, vor dem der Staat immer und immer wieder als angeblich so einheitliche Gefahr, egal von welcher politische Motivation kommend, warnt. Politische Kritik soll gut und richtig sein, aber „radikal“ sein, was für sie nämlich bedeutet, tatsächlich gegen den Staat und seine Gesetze zu kämpfen, ist das Tabu, mit dem sich die Leute am Ende nur selber schaden. Dieser Punkt wird überschritten, als es darum geht, Faschisten tatsächlich umzubringen. Die Rechtfertigung, die dargestellt wird, ist bürgerlicher Humanismus, die „moralische Schwierigkeit“, einen Menschen zu töten. Was tatsächlich die Grenze ist, die überschritten wird, ist der Bruch mit dem bürgerlichen Recht der BRD. So eröffnet und schließt der Film mit dem Paragraphen Artikel 20 des Grundgesetz *„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. [...] Gegen jeden, der es unternimmt, die die Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand – wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“* Die Antifa soll und darf also im Dienste des Staats ein bisschen Aufmucken gegen „Rechte“, was dann insbesondere Gegner von Corona-Maßnahmen etc. trifft, die in großen Teilen weder Verschwörungstheoretiker, noch Faschisten oder irgendwas dergleichen sind, weil diese eben gegen den Staat agieren. Dort greift das Recht zum „Widerstand“; wenn es um militante Aktionen gegen Faschisten geht, dann bricht man das Gesetz und kriegt Probleme mit der Bundesrepublik, die das gemütliche Leben ein für alle mal über Bord werfen können. Und vor dieser Perspektive sollen die Tausenden Jugendlichen aus kleinbürgerlichen und bürgerlichen Verhältnissen, die sich dem gerechtfertigtem revolutionärem und antifaschistischen

Kampf anschließen wollen, abgeschreckt werden. Diese Jugendliche aus wohlhabenderem Elternhaus sollen zurückhalten werden, den Schritt zu gehen, sich in Gefahr zu begeben und sein Leben und seine Freiheit zu riskieren. Aber wenn man die Welt wirklich verändern will, dann muss man bereit sein, sich einer Sache, die größer ist als man selbst, unterzuordnen und einen Preis zu zahlen. Und worum es geht, ist es, die Welt endlich von der grausamsten Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien und eine Gesellschaft, in der allen nach ihren Bedürfnissen leben können, aufzubauen. Um das zu tun, ist es notwendig, den Staat der Imperialisten, d.h. in Deutschland die Bundesrepublik, zu bekämpfen und zu zerschlagen.

Neben dem zentralen Punkt des „Radikalismus“ bedient sich der Film einigen Klischees mit reeller Grundlage, um die revolutionäre Bewegung zu diffamieren. Dafür zeigt er nicht die Bewegung als Ganzes, sondern in erster Linie die rückständigsten Teile, die sich der antifaschistischen Bewegung in Deutschland tummeln, auf einem Haufen. Hier die Spießler wie Batte, die alles legal und mit dem Staat machen wollen, von allem, was ihnen nicht passt, direkt „Bauchschmerzen“ bekommen und den Anschein einer pazifistischen Selbsthilfegruppe, die sogar gegenüber einem kirchlichen Jugendtreff uncool ist, geben. Dort die Militanteren, die allerdings auch peinliche Probleme mit sich selbst haben, auf Technopartys am Rumkoksen und nebenbei auch irgendwie patriarchale Schweine sind. Dann wird es so hingestellt, als wären alle Antifaschisten in Deutschland so drauf.

Die Regisseurin Julia von Heinz ist nicht von ungefähr auf die Ideen für die Entwicklung des Filmes

gekommen. Sie selber war in ihrer Jugend in Antifa-Kreisen organisiert, woher einige Darstellungen im Film abstammen. Die bürgerliche Presse lobt daher umso mehr den Film als realistische Darstellung der „Antifa-Szene“, anstatt von Heinz' einseitige Sicht und ihre Kapitulation vor der antifaschistischen Arbeit, die sie im Film auf Luisa projiziert, zu kritisieren. Den Film entwickelte sie mit zahlreichen Institutionen des öffentlichen Staatsrundfunks und direkt dem Staat unterstehenden Einrichtungen wie der Filmförderungsanstalt oder dem Deutschen Filmförderfonds. Es ist offensichtlich, dass der Staat hier seine Finger im Spiel hatte und der Film ein Projekt ist, das Zersetzungsarbeit in der revolutionären Bewegung leisten soll.

Als kulturelles Sahnehäubchen für dieses Stück Staatstheater bieten sich noch die Mitglieder der kosmopolitischen Hamburger Hip-Hop-Formation „Neonschwarz“ an, um sich selber zu parodieren und treten als die Idioten, die sie sind, vor der Menge im besetzten Mannheimer Haus auf. Wer bei diesem Film glaubt, man bekomme hier ein wertvolles Stück zeitgenössischer Kultur zu sehen, liegt falsch. Der Film greift alle möglichen negativen Sachen, die in der „linken Szene“ existieren, auf, und leugnet die fortschrittliche und zielstrebige Arbeit, die von Revolutionären und Antifaschisten in Deutschland hier und heute geleistet wird, um Propaganda gegen die Organisation von Jugendlichen in der revolutionären Bewegung zu machen. „*Und morgen die ganze Welt*“ ist ein Film, der im Interesse der Herrschenden produziert wurde. „*Der Knall, der die Welt verändert*“, *wird unvermeidlich kommen*, und niemand sollte sich heute von den drohenden Worten des Feindes einschüchtern lassen. •

Luisa, „Lenor“ und „Alfa“, ganz im Stile von Klischee-Antifa-Jugendlichen



WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM JUNI

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |
interkollektivfr@protonmail.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfl.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Plakate in Rio de Janeiro: „Es lebe die Rekonstitution der Kommunistischen Partei Brasiliens, P.C.B.!“ „Nieder mit Opportunismus und Revisionismus! Es lebe der Marxismus-Leninismus-Maoismus!“

Quelle: A Nova Democracia

**ROTE
POST** 